An Herrn
Armeegeneral Heinz Keßler,
Minister für Nationale Verteidigung der DDR

PSF 68 - 611

STRAUSBERG

1260

DDR-weiter Arbeits- und Koordinierungskreis
für das Wehrdienstproblem

Betrifft: EINGABE zum Interview (ND vom 1./2. Oktober 1988)

Wir, Mitglieder des DDR-weiten Arbeits- und Koordinierungskreises für das Wehrdienstproblem von "Frieden Konkret", die sich aus persönlicher Betroffenheit mit diesem Thema beschäftigen, wollen Ihnen hiermit einige Gedanken zu Ihrem Interview mit der Zeitschrift "Die Zeit" darlegen. Ihr Wort "Karten auf den Tisch und anfangen", welches dem im ND abgedruckten Interview seine Überschrift gab, ermutigt uns dazu.
Wir möchten uns in unserer Kritik Ihrer Aussagen in diesem Interview auf jenen Teil beschränken, der sich direkt auf das Problem der Wehrdienstverweigerung und den Bausoldatendienst bezieht.

1. Sie sagten, daß die Motivation junger Leute zum Wehrdienst schwieriger wird. Dazu fragen wir an: Wenn es schwieriger wird, der Entspannung wegen, durch Feindbild zum Wehrdienst zu motivieren, weshalb dann überhaupt motivieren, und wenn, dann wie?

2. Für uns wäre es interessant zu erfahren, wie hoch der Prozentsatz an Wehrdienstverweigerern in der BRD ist, auf den Sie sich beziehen in der Feststellung, er sei in der DDR geringer. Wie hoch ist er in der DDR?

3. Auf die Frage, ob der Prozentsatz an Wehrdienstverweigerern anwüchse, bestünde Straffreiheit, geben Sie leider keine Antwort. Stattdessen benennen Sie die Bausoldaten, die ihren Dienst, der dem Wehrdienst entspricht, nachgehen, als Wehrdienstverweigerer.

4. Angefragt, ob demnächst in der DDR "ein echter Wehrersatzdienst" eingerichtet wird, beziehen Sie sich auf die Verfassung, wonach jeder Bürger dem Wehrdienstgesetz entsprechend verpflichtet ist. Innerhalb der Verfassung besteht jedoch der Hauptwiderspruch zwischen dem von Ihnen erwähnten Artikel und dem Recht auf Glaubens- und Gewissensfreiheit (Art.20), welcher mit dem Bausoldatendienst nicht gelöst ist. Wäre dieser Widerspruch nicht durch Einrichtung eines "echten Wehrersatzdienstes" oder durch Anerkennung des Menschenrechts auf Wehrdienstverweigerung zu lösen?

5. Bezüglich Ihrer Aussage, die Kirche sei mit der bestehenden Regelung zufrieden, nehmen wir an, daß Sie sehr mangelhaft informiert sind. Wir verweisen auf die Äußerungen des Vorsitzenden der Evangelischen Bischofskonferenz Bischof Dr. Werner Leich gegenüber Erich Honecker, auf den Beschluß der Bundessynode der ev. Kirche von 1987 "Bekennen zur Friedensfrage", nicht zuletzt auf Eingaben aus unserer Arbeitsgruppe an Ihr Ministerium und auch auf Eingaben zahlreicher anderer Gruppen.

6. Sie beschreiben den Bausoldatendienst als eine Möglichkeit für "stark religiöse" Bürger, ihre Verfassungspflicht zum Wehrdienst erfüllen zu können. Hier verweisen wir nochmals auf den Widerspruch (Punkt 4) in der Verfassung. Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß unter Glaubens- und Gewissensfreiheit nicht nur Religionsausübung zu verstehen ist. Gewissensgründe erwachsen auch aus politischen und ethischen Einstellungen. Außerdem sind es nicht einmal alle religiöse motivierten Bügger, denen der Bausoldatendienst eine Möglichkeit bedeuten könnte, ihre Glaubens- und Gewissensfreiheit beizubehalten.
   In unserer persönlichen Auseinandersetzung mit dieser Möglichkeit zum herkömmlichen Wehrdienst stellen wir eindeutig fest, daß der Dienst in den Baueinheiten aus folgenden Gründen keine Alternative für uns darstelle und auch in Zukunft nicht darstellen wird:
   1. Zwar erfolgt dieser Dienst ohne Waffe, verlangt aber in vielen Fällen eine eindeutige Zuarbeit zu militärischen Objekten.
   2. Die Bausoldaten sind eindeutig tief in militärische Strukturen eingebunden, dies steht im Widerspruch zu unserem Glauben (Befehlsgewalt, Kasernierung, Ableistung eines lebenslang bindenden Gelöbnisses).

   Selbst wo Punkt 1 nicht zutrifft und der Einsatz an, wie Sie sagen "volkswirtschaftlichen Schwerpunkten" erfolgt, können wir diese Art von Einsatz nicht mit unserem Gewissen vereinbaren. Aus unserem christlichen und humanistischen Glaubensanspruch heraus, durch den wir schon lange nach wirklichen Alternativen für einen verantwortbaren Lebensstil suchen, können wir eine Beteiligung an einer weiteren Industrialisierung in der heute üblichen Form nicht verantworten. Sie hätte aus unserer Sicht schwerwiegende Folgen für die Schöpfung (u.a. Treibhauseffekt, Ausweitung der Atomenergie, Müllanhäufung, fehlende oder nur unzureichende Alternativen zu industriebedingter Umweltzerstörung und deren nichtwiedergutzumachenden Folgen).

7. Wie gehen Sie mit der Forderung "mancher junger Leute" um, die zu einem Dienst ausschließlich im nichtmilitärischen sozialen Bereich bereit wären? Angesichts des mangelhaften Gesundheits- und Sozialwesens (Mangel an Pflegepersonal im medizinischen und fürsorgerischen Bereich usw.) erscheint es uns fragwürdig, weshalb ein Staat, der sich als sozial deklariert, allein im Volkswirtschaftsbereich ein Hauptproblem erkennt.

8. Auf die Frage, weshalb die Kirchenzeitung, die über den zivilen Wehrersatzdienst in Polen berichtete, nicht erscheinen durfte, geben Sie keine Antwort. Weshalb wird die polnische Regelung nicht veröffentlicht? Warum benennen Sie nicht einmal die Unterschiede genau, geben Sie doch vor, die Regelung zu kennen?

9. Bezüglich der demographischen Entwicklung möchten wir dazu anregen, diese zu einer beiderseitigen dauerhaften Reduzierung der Truppenstärke in den Abrüstungsvorschlägen zu nutzen.

Weitere Ignoranz unserer Gewissensnot und der von uns angedachten Probleme wird auch in Zukunft das internationale Ansehen der DDR nicht gerade fördern. Durch eine Weiterführung des von Ihnen im Interview erwähnten Bausoldatenpraxis oder des eventuell noch verstärkten Einsatzes von Bausoldaten in der Industrie wird das Problem der Verweigerung solcher Dienste nicht gelöst werden können. Entsprechend Ihrem Schlußsatz "Karten auf den Tisch und anfangen", erwarten wir, daß Sie unser Dialogangebot erwidern.

Es grüßt als
Vertreter

der AUTORENGRUPPE

Ronald Reuther / Karl - Marx - Stadt
Oliver Kloß / Dresden
Jörg Miersch / Kgs. Wusterhausen
Kai Steger / Weimar
Heike Braun / Berlin
Andreas Blumenstein / Weimar

des DDR-weiten Arbeits- und Koordinierungskreises
von "Frieden Konkret"

Jörg Miersch
Mittelweg 28 A
Kgs. Wusterhausen
1600